

Geplante Windenergieanlagen in Haisterkirch

Neutrale Dialoggruppe will alle hören und bereitet Inhalte für die Bürgerinformation vor

BAD WALDSEE (jl) - Zwischen Bad Waldsee und Haisterkirch planen die Stadtwerke den Bau von vier Windenergieanlagen. Im neuen Jahr wird die Stadt zu einer Bürgerinformationsveranstaltung einladen. Zu deren Vorbereitung gibt es eine Dialoggruppe, die strikt neutral ist und alle Stimmen hört.

Einerseits stellt das Vorhaben einen Beitrag zur Energiewende dar, andererseits könnten die Anlagen das Natur- und Landschaftsbild beeinträchtigen. In diesem Spannungsfeld möchte die Stadt Bad Waldsee mit der Bevölkerung und den Interessensgruppen in einen Dialog eintreten.

Damit alle Stimmen gehört werden, hat sich die Stadt im Oktober 2016 an das „Forum Energiedialog“ gewandt, ein Angebot des Landes Baden-Württemberg. Es hat zum Ziel,

angesichts möglicher Konflikte rund um den Ausbau der erneuerbaren Energien den Frieden in der Stadt zu wahren – mit Hilfe eines fairen Dialogs und neutraler Information.

In Absprache mit der Stadt hat das „Forum Energiedialog“ zum Gespräch in einer eigens eingerichteten Dialoggruppe geladen.

Aktueller Stand

Am 15. November kamen Fraktionssprecher des Gemeinderats (beziehungsweise ihre Vertreter), die Ortsvorsteher aus Haisterkirch und Mittelurbach sowie Vertreter der Bürgerinitiative Haisterkirch, des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, der fürstlichen Liegenschaftsverwaltung sowie ein betroffener Landwirt zu einem ersten Treffen zusammen. Die Stadtwerke und ihre Projektpartner informierten über den aktuellen Projektstand.

Im Unterschied zur Veranstaltung vom 22. Oktober 2015 wurde deutlich, dass man von ursprünglich sechs auf vier Anlagen zurückgeht. Grund dafür sind neuere Erkenntnisse über das Flugverhalten des Rotmilans. Zudem zeigten Visualisierungen eines unabhängigen Technikbüros, was von den vier Anlagen in der Landschaft zu sehen wäre.

In der Dialoggruppe gab es große Übereinstimmung dahingehend, dass sich Bad Waldsee an der Energiewende beteiligen müsse. Offene Fragen beziehen sich auf das Landschaftsbild, auf den Schutz von Vögeln und Fledermäusen (Artenschutz) sowie auf mögliche Einschränkungen und Flächenverluste für die Landwirtschaft.

Wie es weitergeht

Die Dialoggruppe war sich schnell darüber einig, dass der Dialog fortgesetzt werden soll.



Dr. Christoph Ewen vom „Forum Energiedialog“ sprach vor den Mitgliedern der neuen Bad Waldseer Dialoggruppe. Foto: Brigitte Göppel

Es wurde festgehalten und vereinbart: Die für den 30. Januar geplante Bürgerinformationsveranstaltung ist wichtig. Der Vorschlag, dort einen Experten zum Thema Energiewende auftreten zu lassen, fand große Zustimmung.

Vorher wird sich die Dialoggruppe zu einem zweiten Termin treffen und vor allem über das Thema Artenschutz reden. Der von den Stadtwerken beauftragte Gutachter wird seine Untersuchung vorstellen und zum Gespräch bereitstehen.

Zu diesem zweiten Termin der Dialoggruppe sollen weitere Gruppen eingeladen werden,

etwa die Bürgerinitiative Innenstadt. Bis dahin will man auch eine weitere Visualisierung der geplanten Anlagen vom Ortsrand Haisterkirch aus als Diskussionsgrundlage haben.

Vorab sollen sich betroffene Landwirte mit Ortsvorsteherin Rosa Eisele und den Stadtwerken treffen, um Lösungen für konkrete Probleme zu finden.

Im kommenden Jahr wird das Landratsamt prüfen, ob die Anlagen genehmigungsfähig sind. Beteiligt als Partner sind die Allgäuer Überlandwerk GmbH, EnBW Energie Baden-Württemberg AG und Thüga Energie GmbH.

Aus den Ausschüssen

AKKJB tagte am 22. November

Der Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung (AKKJB) hat am 22. November im Rathaus getagt. Auf der Tagesordnung standen Berichte des Jugendkulturhauses PRISMA, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach der neuen Gemeindeordnung und die Schulsozialarbeit.

PRISMA

Zu Beginn stellten sich die neuen PRISMA-Mitarbeiterinnen vor: die FSJ-Mitarbeiterin Leonie Kretzer und die neue Auszubildende zur Jugend- und Heimerzieherin, Anna Damoune.

Der pädagogische Leiter des Jugendkulturhauses, Matthias Stöhr, blickte auf die Highlights des vergangenen Jahres zurück und gab einen Ausblick auf das kommende Jahr. Die Gewaltprävention sowie das Thema sexueller Missbrauch hätten ein großes Thema gespielt, sagte er. Unter anderem habe man das Projekt „Pfoten weg“ mit Kindergärten und Grundschulen durchgeführt. Rund 550 Kinder habe man damit erreicht. Die Resonanz sei sehr gut gewesen und man plane deshalb, diese Aktion im Abstand von drei bis vier Jahren zu wiederholen.

Zudem habe die damalige Auszubildende Nadine Milbrath das Projekt auf Jugendliche umgesetzt und hier ebenfalls viel Resonanz erhalten.

Zu den Höhepunkten des Jahresablaufs habe außerdem der Ferienspaß gezählt, ebenso wie die bewährten Starkstromtage und andere Konzerte sowie Veranstaltungen. Auch der Austausch unter Fachleuten werde regelmäßig gepflegt. Stöhr sprach abschließend ein Lob an die PRISMA-Mitarbeiter und an das ehrenamtliche Team aus.

Ein Gemeinderat wollte wissen, ob im PRISMA immer noch die Zumba-Kurse stattfänden. Stöhr bejahte dies. Die Kurse seien allerdings von der Volkshochschule organisiert. Das Publikum werde immer jünger, meinte Stöhr.

Ein weiterer Gemeinderat fragte nach, ob für die kommenden Fasnet Veranstaltungen im PRISMA vorgesehen seien. Bisher sei im PRISMA keine Veranstaltung vorgesehen, sagte der Jugendhausleiter.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Bürgermeister Roland Weinschenk informierte zum Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach der neuen Gemeindeordnung. Diese sieht eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entschei-

dungen vor. Bisher wurden in Bad Waldsee sogenannte Jugendforen im dreijährigen Abstand sowie unter der Koordination der Kinder- und Jugendbeauftragten des Jugendhauses durchgeführt. Das fand bisher ausschließlich über die Schulen statt. Schüler konnten entsprechende Anliegen und Fragen einbringen. Diese wurden zusammengefasst und in einer öffentlichen Veranstaltung behandelt.

Die Erfahrungen seien sehr unterschiedlich gewesen, erklärte Hauptamtsleiter Alfred Maucher. Außerdem habe man so nur die Kinder und Jugendlichen, die in Bad Waldsee zur Schule gehen, berücksichtigen können. Nach der neuen Gemeindeordnung sollen aber alle in Bad Waldsee lebenden Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zu haben, sich einzubringen. Unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung habe die Verwaltung einen Gedankenaustausch mit denjenigen initiiert, die regelmäßig mit Jugendlichen zu tun haben und am besten die Bedürfnisse von jungen Menschen abschätzen können. Es habe sich herausgestellt, dass die bisherigen Beteiligungsformen wie zum Beispiel Jugendgemeinderat oder Jugendforen nicht unbedingt zu befriedigenden Ergebnissen

führen, da es schwierig sei, in damit eine breite Anzahl von Jugendlichen zu mobilisieren. Deshalb habe man sich mit dem Kreisjugendring in Verbindung gesetzt. Einhellig sei man der Überzeugung, dass eine Kinder- und Jugendbeteiligung von „unten“ entwickelt werden müsse. Dies sei in der Regel ein Prozess über zwei bis drei Jahre. Wichtig sei auch, dass das Beteiligungsverfahren authentisch sei und nicht nur veranstaltet werde, um die Vorgaben der Gemeindeordnung zu erfüllen. Mit Projektarbeiten sei ein solcher Weg für ein konstitutionelles Jugendbeteiligungsverfahren geebnet. Aus Sicht des Kreisjugendringes sei es wichtig, auch mit den Zwölf- bis 13-Jährigen in Kontakt zu treten, da diese vom Kinder- in das Jugendalter kommen und erfahrungsgemäß hieraus eine längere Interessensituation generiert werden könne. Nach kurzer Diskussion befürworteten die Mitglieder des Arbeitskreises dieses Vorgehen.

Schulsozialarbeit

„Wir sind alle wirklich gut ausgelastet“, sagte die Schulsozialarbeiterin Monika Hopstock zu Beginn ihres Berichts zur Arbeit der Schulsozialarbeiter. Kindeswohlgefährdung gebe es an allen Schularten. Als Beispiel nannte sie zwei Jungs, die in

der Betreuung angegeben hätten, von ihrer Mutter heftig geschlagen zu werden. Es habe sich leider herausgestellt, dass dies zutrifft und es dann getrennt lebende Vater sowie das Jugendamt eingeschaltet worden. Die Kinder lebten nun bei ihrem Vater und hätten sich beim Schulsozialarbeiter-Team bedankt.

Eine weitere Herausforderung seien nicht Deutsch sprechende Kinder. Bei ihnen handle es sich nicht nur um Flüchtlingskinder, sondern auch um solche, deren Eltern nach Deutschland zum Arbeiten gekommen sind, etwa aus Griechenland, Polen, Albanien, dem Kosovo, Ungarn, Bulgarien und Syrien. Aufgabe der Schulsozialarbeiter sei es unter anderem, diese Kinder, die sich meistens wie in Schneckenhäusern zurückzögen, dort heraus zu holen. Allein in diesem Jahr seien nach den Sommerferien 16 neue Kinder ans Schulzentrum gekommen, die nicht Deutsch gesprochen hätten. Teilweise hätten sie bisher noch nicht einmal eine Schule besucht, obwohl sie eigentlich in einem Alter wären, in dem man in die fünfte oder sechste Klasse geht. Das sei eine enorme Aufgabe. Aber man könne auch auf erste Erfolge hinweisen: 40 Kinder seien bereits in Regelklassen aufgenommen worden. (bg)

Den Speiseplan der Schulmensa und weitere Informationen aus dem Bereich der Stadtverwaltung finden Sie auf den Seiten 15 und 16.